

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der
Stadt Lüdenscheid
am 27.10.2014
im Ratssaal**

Anwesend:

Vorsitz des Hauptausschusses:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Rolf Breucker

Ratsherr Gordan Dudas MdL
Ratsherr Jan Eggermann
Ratsherr Lothar Hellwig
Ratsfrau Karin Hertes
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek
Ratsfrau Ramona Ullrich
Ratsherr Jens Voß

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam
Ratsherr Rüdiger König
Ratsfrau Susanne Mewes
Ratsfrau Ursula Meyer
Ratsherr Hansjürgen Wakup
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

Vertreter für Ratsherrn Fröhling

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsherr Otto Bodenheimer

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Yasin Kut

Vertreter für Ratsherrn Thomas-Lienkämper

von der Fraktion Alternative für Lüdenscheid:

Ratsherr Peter Oettinghaus

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Stephan Haase

Gäste:

Herr Harald Metzger

zu Tagesordnungspunkt 2 der
nicht öffentlichen Sitzung

Verwaltung:

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Dr. Karl Heinz Blasweiler
Beigeordneter Thomas Ruschin
Herr Martin Bärwolf
Herr Hermann Scharwächter
Frau Petra Noack

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Oliver Fröhling

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:55 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Verlagerung von Veranstaltungen vom Rathausplatz zum Nattenbergstadion; Antrag nach § 24 GO NW Vorlage: 235/2014

Bürgermeister Dzewas stellt den Antrag gemäß § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen vor und übergibt anschließend das Wort an den zuständigen Fachbereichsleiter Herrn Bärwolf.

Fachbereichsleiter Bärwolf erinnert zunächst daran, dass es seinerzeit einen Wettbewerb für die Belegung der Plätze bzw. den Umbau des Rathausplatzes und des Sternplatzes gegeben habe. Ca. 300.000 Kunden pro Jahr kämen mittlerweile aus dem Umland nach Lüdenscheid. Aufgrund des verstärkten Internethandels und um gegenüber vergleichbaren Städten weiterhin konkurrenzfähig zu bleiben, müsste Lüdenscheid den Kunden auch ein attraktives Rahmenprogramm bieten und das Einkaufserlebnis in den Vordergrund rücken.

Ratsherr Dudas führt unter anderem aus, dass er zwar Verständnis für die Anwohner habe, der Beschlussempfehlung der Verwaltung aber zustimmen werde, da das Zentrum von Lüdenscheid belebt bleiben müsse und nicht sämtliche Veranstaltungen pauschal in das Nattenberg-Stadion verlegt werden könnten. Sicherlich gäbe es auch einige Konzerte, für die das Stadion ein geeigneter Standort sein könnte.

Ratsherr König weist darauf hin, dass eine Verlagerung der Veranstaltungen in das Nattenberg-Stadion zu gleichen Problemen mit den dortigen Anwohnern führen würde. Er werde der Vorlage der Verwaltung ebenfalls zustimmen.

Bürgermeister Dzewas unterbricht die Sitzung um 17.11 Uhr, um einen Anwohner des Rathausplatzes, das Wort zu übergeben.

Der Anwohner berichtet, dass er Verständnis für die bisher vorgebrachten Argumente habe. Er bäte aber auch um Verständnis, dass manche Veranstaltungen durch Musikbeiträge viel zu laut seien. Er frage daher, ob bei den zehn Veranstaltungen, die pro Jahr auf dem Rathausplatz zulässig seien, eine zusätzliche weitere Begrenzung der Veranstaltungen, die mit Musik begleitet würden, erfolgen könne.

Bürgermeister Dzewas hebt die Sitzungsunterbrechung um 17:14 Uhr wieder auf.

Ratsherr Oettinghaus regt an, die Dezibelwerte bei Veranstaltungen, besonders in den Abendstunden, zu begrenzen.

Bürgermeister Dzewas erklärt, dass die Anregung des Anwohners zur Prüfung aufgenommen werde.

Anschließend fasst der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid bei einer Stimmenthaltung von Ratsherrn Oettinghaus folgenden

Beschluss:

Der Anregung wird nicht gefolgt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Enthaltungen:	1

3. Einstellung von Nachwuchskräften 2015 Vorlage: 226/2014

Bürgermeister Dzewas weist auf die den Mitgliedern des Hauptausschusses vorgelegte Stellungnahme des Personalrates zu diesem Tagesordnungspunkt hin.

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Blasweiler geht auf die in der Stellungnahme zutreffende Aussage ein, dass die Stadt keine Auszubildenden mit Hauptschul- oder Real- schulabschluss mehr einstelle und erläutert die Situation. Hinzukomme, dass sich die Stadt Lüdenscheid im Haushaltssicherungskonzept befände und daher nicht mehr über Bedarf zum Beispiel Veranstaltungs-, Immobilien- oder Informatikkaufleute ausbilden dürfe.

Die weiteren aufgeführten Punkte der Stellungnahme des Personalrates könne er, auch nach Rücksprache mit dem Fachdienst Personal, nicht nachvollziehen. So sei es nicht der Fall, dass jemand mit einer Ausbildung im gehobenen Dienst im mittleren Dienst eingesetzt würde.

Darüber hinaus biete die Verwaltung bereits über Bedarf eine Stelle in Teilzeitausbildung an.

Anschließend fasst der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Einstellung von Nachwuchskräften für das Jahr 2015 wird wie vorgeschlagen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	20
-------------	----

**4. Benennung einer öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich Vogelberg-Kirchhahn, Stichstraße zur Willy-Bürger Straße in „Walter-Süskind-Straße“
Vorlage: 223/2014**

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Benennung einer öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich Vogelberg-Kirchhahn, Stichstraße zur Willy-Bürger Straße in „Walter-Süskind-Straße“

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20

5. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

5.1. Bekanntgaben

5.1.1. Parkgebührenordnung

Ratsherr Holzrichter gibt bekannt, dass die zum 01.01.2014 geänderte Parkgebührenordnung in der vergangenen Woche umgesetzt worden bzw. die Umprogrammierung sowie die Neuanschaffung neuer Parkscheinautomaten erfolgt seien.

In der Vergangenheit bzw. nach der alten Parkgebührenordnung sei die Parkdauer an allen Parkscheinautomaten entsprechend des gezahlten Betrages Minuten genau ausgewiesen worden.

Die neue Parkgebührenordnung sähe nun eine Taktung von 0,50 € pro angefangener 30 Minuten, sowie in den Innenstadtbereichen ab der 2. Stunde jede angefangenen 30 Minuten mit 0,75 € vor. Da die Parkscheinautomaten über keine Wechselgeldfunktion verfügten, müsse nun die erforderliche Parkgebühr passend eingeworfen werden. Bei nicht passendem Einwurf würden die Automaten keine Parkscheine ausdrucken und das Geld wieder auswerfen. In der Praxis habe sich nun gezeigt, dass diese Regelung vor allem im Innenstadtbereich zu Irritationen bei den Nutzern geführt habe. Zum Beispiel gingen viele davon aus, dass die Parkscheinautomaten defekt seien und legten die Parkscheibe aus. Die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung seien darauf hin in den letzten Tagen drastisch zurückgegangen.

Die Parkgebührenordnung solle noch in diesem Jahr wieder dahingehend geändert werden, dass die 13 Parkscheinautomaten im Innenstadtbereich ab der 2. Stunde eine Parkzeit entsprechend des tatsächlich bezahlten Betrages ausdrücke. Die Umprogrammierung dieser Automaten würde kurzfristig durch die LSM GmbH im Auftrag des WKL e.V. ohne Einbindung der Tarifkommission und vorheriger Änderung der Gebührenordnung erfolgen. Er werde sich mit den Mitgliedern der Tarifkommission in Verbindung setzen und um deren Einverständnis bitten, dass die vorgenannte Änderung nachträglich direkt im Ausschuss beraten werden könne.

5.2. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Beantwortungen von Anfragen vor.

5.3. Anfragen

5.3.1. Klimaschutzbeauftragte

Ratsherr Bodenheimer führt aus, dass der Vertrag der Klimaschutzbeauftragten der Stadt Lüdenscheid im nächsten Jahr auslaufe. Er frage daher an, ob die Verwaltung bereits entsprechende Fördermittel für die Fortführung dieser Stelle beantragt habe und wenn ja, wie die Optionen seien.

Fachbereichsleiter Bärwolf antwortet, dass der Vertrag mit der Klimaschutzbeauftragten im Juli 2015 auslaufe. Die Förderquote für diese Stelle sei derzeit sehr hoch angesetzt. Eine Verlängerung, allerdings mit einem wesentlich geringeren Förderanteil, sei grundsätzlich möglich. Der Eigenanteil der Stadt Lüdenscheid würde sich bei einer Weiterbeschäftigung entsprechend erhöhen.

Falls eine Vertragsverlängerung politisch gewünscht sei, müsse ein entsprechender Antrag gestellt werden. Ebenso müsse dann der städtische Eigenanteil für das zweite Halbjahr 2015, sollte eine weitere Förderung positiv beschieden werden, noch im Haushalt 2015 bereitgestellt werden.

5.3.2. Fehlender Impfschutz in Flüchtlingsunterkünften

Ratsherr Breucker berichtet, dass der Impfschutz bei Kindern, insbesondere gegen Masern, in den Flüchtlingsunterkünften unzureichend sei. Er frage daher an, ob die Stadt Lüdenscheid in den von ihnen betreuten Einrichtungen diesbezüglich aktiv werden könne.

Beigeordneter Ruschin erwidert, dass die Verwaltung aufgrund der fehlenden Impfpflicht in Deutschland lediglich aufklärend tätig sein könne. Dies geschähe unter anderem durch entsprechende Flugblätter in verschiedenen Sprachen.

Ratsherr Dudas bitte um Prüfung, ob anstelle der Verteilung eines Flugblattes auch eine persönliche Beratung sowie auch die Impfungen in den jeweiligen Einrichtungen direkt erfolgen könnten.

Beigeordneter Ruschin sagt eine entsprechende Prüfung zu.

5.3.3. Fehlende Parkmöglichkeiten für Ratsmitglieder

Ratsherr Wakup teilt mit, dass es schwierig sei bei anstehenden Sitzungen einen Parkplatz im Bereich des Musikschulinnenhofes zu finden. Dies läge aber daran, dass 40 – 50 % der Fahrzeuge in der Zeit von 16:00 Uhr bis 17:00 Uhr dort unberechtigt parken würden. Er frage daher an, ob die Stadtstreife bei anstehenden Sitzungen eine Stunde vor Sitzungsbeginn die im Musikschulinnenhof unberechtigt Parkenden entsprechend aufklären könne.

Bürgermeister Dzewas bestätigt, dass trotz der verbesserten Beschilderung viele Personen in diesem Bereich unberechtigt parken würden. Er sagt verstärkte Kontrollen mit entsprechenden Sanktionen zu. Es sei aber davon auszugehen, dass dieses Problem nur durch den Einsatz einer technischen Anlage, für die aber nicht unerhebliche Mittel bereitgestellt werden müssten, gelöst werden könne. Zunächst solle aber nach dem Umzug der Zentralen Gebäudewirtschaft in die Räumlichkeiten des Entwicklungs- und GründerCentrums die Nutzung des Parkplatzes auch im Hinblick auf die fehlenden Parkplätze für die Ratsmitglieder zu den Rat- und Ausschusssitzungen überdacht werden.

gez. Dieter Dzewas

gez. Kerstin Marré

Vorsitzender

Schriftführerin